Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft

Ihre Ansprechpartnerin
Corinna Saring

Durchwahl
Telefon +49 351 564 20040
Telefax +49 351 564 20007

presse@smul.sachsen.de*

27.11.2026

Von Breitenbuch: »Moderne Methoden im Naturschutz und verlässliche Wasserversorgung sind entscheidend für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen«

107. Umweltministerkonferenz in Bad Schandau

In Bad Schandau ist am Freitag (27.11.) die 107. Umweltministerkonferenz (UMK) zu Ende gegangen. Unter dem Vorsitz Sachsens haben die Umweltministerinnen, Umweltminister und -senatoren der Länder zentrale Zukunftsfragen des Umwelt- und Naturschutzes beraten. Im Mittelpunkt standen die künftige Finanzierung von Naturschutz- und Umweltmaßnahmen, moderne Methoden des Naturschutzmonitorings sowie der Umgang mit Wasser als lebenswichtiger Ressource – insbesondere mit Blick auf zunehmende Knappheit. Bad Schandau bot mit der Elbe als prägendes Gewässer und als Tor zum Nationalpark Sächsische Schweiz für diese Themen den passenden Ort.

Sachsens Umweltminister und UMK-Vorsitzender **Georg-Ludwig von Breitenbuch**: »Bad Schandau war für diese Umweltministerkonferenz ein besonderer Ort. Hier zeigt sich, wie eng unsere natürlichen Lebensgrundlagen miteinander verbunden sind – von der Elbe bis zu den einzigartigen Lebensräumen der Sächsischen Schweiz. Diese Zusammenhänge zu verstehen und zu schützen, braucht auch im Naturschutz moderne Methoden. Innovative visuelle, akustische und molekulargenetische Verfahren eröffnen neue Möglichkeiten, Veränderungen in der Natur präziser zu erfassen. Wir wollen diese Entwicklungen gezielt voranbringen, die Qualität und Vergleichbarkeit der Ergebnisse verbessern und durch gemeinsame Standards die Anwendung in der Praxis erleichtern. Gleichzeitig wird Wasserknappheit längst nicht mehr nur in außergewöhnlichen Trockenjahren zum Thema. Deshalb haben wir die Diskussion über Wasserresilienz aus der Mai-UMK fortgesetzt. Für uns ist klar: Die öffentliche Trinkwasserversorgung muss Vorrang haben. Die Länder haben den Bund deshalb gebeten, diesen Nutzungsvorrang ausdrücklich im Wasserhaushaltsgesetz zu verankern. Drohende Nutzungskonkurrenzen

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft
Wilhelm-Buck-Straße 4
01097 Dresden

https://www.smul.sachsen.de

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

müssen wir frühzeitig ausschließen. Wasser ist unsere wichtigste Lebensgrundlage. Wir haben die Verantwortung, dass es auch morgen verlässlich zur Verfügung steht.«

Brandenburgs Umweltstaatssekretär **Dr. Stephan Nickisch**: »Wasser ist eine elementare Zukunftsfrage. Klimawandel, Kohleausstieg und Strukturwandel verändern die Wasserverfügbarkeit, darauf müssen Länder und Bund gemeinsam reagieren. Wir wollen und müssen Gewässer renaturieren und die Wasserversorgung sichern, bremsen uns aber mit zu aufwendigen Zulassungsverfahren selbst aus. Was der Umwelt nützt, darf nicht in Prüfverfahren hängen bleiben, die Europa gar nicht verlangt. Das gilt auch für Trinkwasserfernleitungen, von denen keine Gefahr für die Umwelt ausgeht. Ohne verlässliche, langfristige Finanzierung gelingt das nicht: Wir sehen darum die Notwendigkeit einer neuen Gemeinschaftsaufgabe zur Umsetzung von Klimaanpassung und Klimaschutz, insbesondere auf kommunaler und wasserwirtschaftlicher Ebene. Brandenburg und die meisten anderen Länder erwarten, dass der Bund dafür die rechtlichen Voraussetzungen schafft und die nötigen Mittel bereitstellt.«

Thekla Walker, Umweltministerin Baden-Württemberg: »Seit Jahrzehnten ist klar: Die Folgen des Klimawandels werden uns immer stärker belasten. In Sachen Klimaschutz geht es dennoch schleppend voran. Mit voller Wucht hat uns dieser Sommer nun gezeigt: Wir müssen handeln und zwar jetzt. Besonders deutlich wird das beim Thema Wasser. Wird Wasser knapp, hat das ganz unmittelbare und teils dramatische Folgen für Mensch, Natur und Wirtschaft. Wir müssen Wasser sparsamer einsetzen und die Wasserversorgung langfristig auf sichere Beine stellen. Eine wassersensible Siedlungsentwicklung und naturnahe Gewässerlandschaften sind effektive Ansätze für einen sorgsameren Umgang mit Wasser und die Stärkung der Ökosysteme. Die Finanzierung dieser Vorhaben muss sichergestellt sein, schließlich geht es um viel: um Lebensqualität, um Belastbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit.«

Hessens Umweltminister **Ingmar Jung** begrüßt die breite Zustimmung zum hessischen Beschlussvorschlag zum Ersatzgeld. Mit dem Infrastruktur-Zukunftsgesetz hat der Bund einen wichtigen Schritt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren unternommen. Dazu gehört auch die erleichterte Wahlmöglichkeit zwischen Realkompensation und Ersatzgeld. »Es ist richtig, Infrastrukturvorhaben zu erleichtern, ohne dabei Abstriche beim Naturschutz zu machen. Aber die Länder wissen am besten, wo und wie Ersatzgelder sinnvoll eingesetzt werden können. Dafür brauchen wir keine neuen Verwaltungsstrukturen auf Bundesebene. Zugleich wollen wir den Naturschutz stärker mit der Landwirtschaft verbinden, statt ihr weitere Flächen zu entziehen«, so Jung. Bei verschiedenen Themen der Umweltministerkonferenz zeigten sich unterschiedliche Auffassungen zur Umsetzung europäischer Umweltvorgaben. »Wir setzen uns für eine Umsetzung mit Augenmaß ein. Dabei wollen wir auf zusätzliche nationale Anforderungen verzichten, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten und unnötige Belastungen für Kommunen und Bürger vermeiden«, so Jung. Nicht in allen Fragen konnte hierzu bereits eine gemeinsame Linie gefunden werden.